

7 Arbeitspakete | Fahrplan 2011-2013
Regierungsklausur Mai 2011

■ **Ausbau Neue Mittelschule** (ab Herbst 2011)

- 434 Standorte ab dem Schuljahr 2011/12. Durch die Schaffung von 114 neuen Standorten im Herbst 2011 besuchen künftig bereits 17 Prozent aller 10 bis 14 jährigen eine Neue Mittelschule. Für die Umstellung ist das Geld im Budgetpfad bis 2014 bereits vorgesehen. Im Folgejahr sind 704 Standorte (+270 Standorte) geplant. Bis zum Schuljahr 2015/16 ist die Umstellung der Hauptschulstandorte abgeschlossen, das bedeutet 1.173 Neue Mittelschulen. Auslaufen der letzten Hauptschulklasse im Schuljahr 2018/2019.

■ **Ausbau der Ganztagesbetreuung** (Sommer 2011)

- Ausbau der Ganztagesbetreuung. Aktuell: 105.000 Betreuungsplätze. Im Schuljahr 2011/12 soll es schon eine Verdoppelung gegenüber 2006 auf rund 120.000 Plätze geben. Ziel 2015: 210.000 Plätze.

■ **Oberstufe NEU (Kurssystem)** (Sommer 2011)

- Durch ein universitätsähnliches Modulsystem wollen wir unseren Jugendlichen früher Schwerpunktsetzungen ermöglichen und sie damit noch besser auf tertiäre Ausbildungen und ihr späteres Berufsleben vorbereiten. Sitzenbleiben soll damit nur mehr ultima ratio sein.

■ **Sprachqualifizierung Deutsch**

- Wir wollen, dass jedes Kind bevor es in die Schule kommt, die Unterrichtssprache Deutsch beherrscht. Die Angebote in Kindergärten, aber auch für „Quereinsteiger“ in unser Schulsystem gilt es zu evaluieren und weiter auszubauen.

■ **Stärkung der Schulpartnerschaft** (laufend)

- Die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Schüler/innen, Eltern und Lehrer/innen hat sich an den Schulen bewährt und soll weiter gestärkt und ausgebaut werden.

■ **PädagogInnenbildung NEU** (Winter 2011)

- Die bestehenden Stärken an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen sollen verschränkt werden, um angehende Lehrer/innen für ihre verantwortungsvolle Aufgabe bestmöglich vorzubereiten. Ziel ist es, dass die ersten angehenden PädagogInnen noch in dieser Legislaturperiode mit der neuen Ausbildung beginnen. Gleichwertigkeit der pädagogischen Berufe (universitäre Ausbildungsangebote für alle PädagogInnen – derzeit 120.000), d.h. eine hochwertige Ausbildung auf tertiärem Niveau mit gemeinsamen Kernbereichen von Unis und Pädagogischen Hochschulen.

■ **Lehrerdienst- und Besoldungsrecht** (Sommer 2012)

- Junge Lehrer/innen sollen zu Beginn ihres Berufslebens höhere Einstiegsgehälter bekommen. Ein neues LehrerInnendienstrecht für neu eintretende LehrerInnen muss sicherstellen, dass der Lehrberuf attraktiv bleibt und den künftigen Arbeitsanforderungen entspricht

■ **Integration nach der 8. Schulstufe** (Sommer 2011)

■ **Neuorientierung 9. Schulstufe –
Attraktivierung der Polytechnischen Schule**
(Sommer 2012)

■ **Schwerpunkt Duale Ausbildung**
(Herbst 2011, laufend)

- Durchlässigkeit weiterentwickeln – vom Meister zum Master
- Attraktivierung der Lehre
- Facharbeiterausbildung durch duale Ausbildung verbessern

■ **Weiterentwicklung Pädagogische Hochschulen**
(Winter 2011)

■ **Qualitätssicherung Universitäten/FH**
(Sommer 2011)

- Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten erhalten einen neuen rechtlichen Qualitätsrahmen und mit der Zusammenführung der einzelnen Qualitätssicherungsagenturen unter einem gemeinsamen Dach wird eine Qualitätssicherung NEU geschaffen.

■ **Österreichischer Hochschulplan** (Winter 2011)

- Im Februar wurde eine internationale Expertengruppe eingesetzt, die aus ihrer Sicht bis zum Sommer erste Empfehlungen vorlegen wird. Leitlinien und Eckpunkte sollen bis Jahresende stehen, dann folgt eine fortlaufende Weiterentwicklung im Sinne eines Entwicklungskonzeptes für den Hochschulraum.

■ **Österreichisches Modell Studienplatzfinanzierung**
(Winter 2011)

- Gesamtmodells einer neuen Universitätsfinanzierung bis Ende des Jahres. Ziel ist, dass bereits bei den nächsten Leistungsvereinbarungen das neue Instrument der Studienplatzfinanzierung parallel zur Test-Anwendung kommt, so dass ein reibungsloser Übergang und eine Umstellung mit den Leistungsvereinbarungen ab 2015 möglich ist.

■ **Faculty-Modell für Universitäten** (Sommer 2012)

BILDUNG
WISSENSCHAFT
FORSCHUNG
KULTUR
MEDIEN

■ **Umsetzung Nationaler Qualifikationsrahmen** (laufend)

■ **Ausbau von Studienangeboten für Berufstätige**
(Sommer 2012)

■ **LLL:2020 Strategie zum lebensbegleitenden Lernen
in Österreich** (Sommer 2011)

■ **Wissens- und Technologietransfer** (Frühjahr 2012)

- Wissen aus den Unis und Fachhochschulen heraus an Unternehmen transferieren und eine direkte Anwendung ermöglichen. Grundlagenforschung, angewandte Forschung und Entwicklung sollen verstärkt ineinander greifen. Dafür sind in der FTI-Strategie Wissenstransferzentren vorgesehen.

■ **Eröffnung Kultureinrichtungen**

- 20er Haus (Herbst 2011)
- Kunstkammer (Winter 2012)

■ **Reform Presse- und Publizistikförderung** (Herbst 2012)

- Evaluierung hinsichtlich des Zieles, die Vielfalt der Presse in Österreich zu fördern; Anpassung, Modernisierung durch Berücksichtigung der digitalen Medien und Ausbau der „Qualitätsförderung und Zukunftssicherung“ (insbesondere Journalist/innenausbildung) prüfen.

WIRTSCHAFT
ARBEIT
INFRASTRUKTUR
INNOVATION

■ Marke Österreich etablieren – Internationalisierung, Exportoffensive, Tourismus (2011/2012)

- „Nation Branding“ soll Image Österreichs im Ausland weiter stärken und möglichst einheitlichen Außenauftritt gewährleisten. Erster Schritt ist die Definition eines Markenkerns Österreich und dessen Stärken unter Einbeziehung aller relevanten Stakeholder.

■ Mittelstandoffensive (Innovation, Investition und Internationalisierung fördern) (2011/2012)

- Support für Erneuerung und Wettbewerbsfähigkeit. Triple-I-Strategie des Wirtschaftsministeriums hebt Innovationspotenziale, unterstützt Investitionen und fördert die Internationalisierung. Konkret durch Maßnahmen wie den neuen "Innovationsscheck Plus" im Wert von 10.000 Euro, um noch mehr KMU in die Forschung zu bringen, einen Technologiescheck im Wert von 1.000 Euro für innovative Gründer sowie ab 2012 einen Kreativscheck über 5.000 Euro zur Umsetzung von Innovationen am Markt. Zugleich unterstützt die Förderbank aws Investitionen durch Zuschüsse, zinsgünstige ERP-Kredite und Haftungen. Darüber hinaus fördert die verstärkte Ausrichtung der Internationalisierungs-Offensive auf neue Märkte und neue Produkte die Internationalisierung der heimischen Wirtschaft.

■ GmbH neu (Sommer 2012)

- Durch die GmbH-Reform wird Gründern von Klein- und Mittelbetrieben noch stärker unter die Arme gegriffen. Die österreichische GmbH soll im europäischen Vergleich noch wettbewerbsfähiger werden. Die Gründung von GmbHs wird erheblich erleichtert und vergünstigt.

■ KMU - Wettbewerbsfähigkeit stärken durch Verbesserungen und Vereinfachung der Unternehmensnachfolge

■ Infrastruktur – Hardware für Österreich

- Infrastrukturoffensive Bahn & Straße - Mobilitätskonzept für alle Verkehrsträger:
19,3 Milliarden Euro investiert das bmvit bis 2016 in eine leistungsfähige und umweltfreundliche Verkehrsinfrastruktur. Das ist eine Rekord-Investition. Derzeit und in den kommenden Jahren sind dadurch 50.000 ArbeitnehmerInnen (außerhalb von ÖBB und ASFINAG) direkt und indirekt beschäftigt. Umsetzung: laufend bis 2016.
 - BIG-Investitionen
 - BOS Ausbau digitales Funknetz
 - Verbund: Energienetz und Kraftwerke
 - Wasserwirtschaftsfonds - Umweltinvestitionen

■ **Bahnzielnetz 2025**

- Mit dem „Zielnetz 2025“ liegt erstmals ein durchgängiges Gesamtkonzept für die Entwicklung der Bahninfrastruktur in Österreich vor: Mehr Angebot für Bahnverbindungen im Nah- und Fernverkehr, kürzere Fahrzeiten, über 80 attraktive neue / modernisierte Bahnhöfe, sowie einen Taktverkehr mit gut verknüpften Verbindungen ohne große Wartezeiten. Umsetzung: kontinuierlich bis 2025.

■ **Präsentation / Umsetzung der österreichischen Luftfahrtstrategie (laufend)**

- Gemeinsam mit den Stakeholdern der österreichischen Luftfahrt wurde die strategische Ausrichtung des Luftfahrtstandortes Österreich sowie ein umfassender Maßnahmenkatalog erarbeitet. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit und damit den Wirtschaftsstandort des Gesamtsystems Luftfahrt in Österreich zu stärken. Umsetzung: Präsentation der "Road-Map Luftfahrt" vor dem Sommer 2011, Maßnahmen laufend.

■ **FTI-Strategie der Bundesregierung (laufend), Konzentration der Forschungsinvestitionen gemäß FTI-Strategie**

- Insgesamt investiert die Bundesregierung bis 2015 rund 3,8 Milliarden Euro in die angewandte Forschungs- und Technologiepolitik und damit auch in die F&E-Infrastruktur. Jeder Euro für angewandte F&E-Projekte bringt 19 Euro an zusätzlichen Umsätzen. In Österreich arbeiten derzeit 53 000 Personen in Forschung und Entwicklung. Umsetzung laufend.
- Schwerpunktsetzung: Innovationsfördernde, öffentliche Beschaffung, Kooperation Wissenschaft - Wirtschaft sowie Exzellenz in der Forschung fördern (Kompetenzzentren, Kompetenzprojekte unterstützen), Außeruniversitäre Forschung stärken, Humanpotenziale in der Forschung stärken

■ **Hebung Potenzial Arbeitsmarkt für Migranten (Frühjahr 2012).**

- Gering qualifizierte MigrantInnen benötigen spezielle Beratungs-, Informations- und Integrationsangebote. Es soll auf bestehende Qualifikationen aufgebaut und eine Nachqualifikation angeboten werden. Jugendliche bekommen die Möglichkeit, in einer überbetrieblichen Lehrereinrichtung eine Lehrabschlussprüfung zu absolvieren.

■ **Weiterentwicklung des Arbeitsrechts (laufend, Herbst 2012)**

- Modernisierung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts, Beseitigung der Rechtszersplitterung. Insbesondere Schaffung eines modernen Arbeitnehmerbegriffs und einfacheren Regelungen.

WIRTSCHAFT
ARBEIT
INFRASTRUKTUR
INNOVATION

■ **Weiterentwicklung Bildungskarenz** (Herbst 2012)

- Die Bildungskarenz wird sehr gut angenommen: 2010 und 2011 jeweils +11.000 Personen. Unterdurchschnittliche Inanspruchnahme von Niedrigqualifizierten, daher Verbesserung des Zugangs zum Beispiel durch Übernahme Kurskosten durch Mittel des BMASK, Bewerbung und Coaching für diese Personengruppe.

■ **Ausbildungsoffensive für alle Jugendlichen bis 18 Jahre (Recht auf Ausbildung)** (laufend, Herbst 2013)

- Verstärkung der Maßnahmen im Rahmen der Ausbildungsgarantie um Bildungsabbruch zu verhindern bzw. Bildungsabbrecher wieder in Schule oder Lehre zu integrieren; ca. 10.000 Betroffene, zusätzlich 10 Mio. EUR bis 2013 aus Mitteln des BMASK.

■ **Pflegepaket (Sommer 2011)**

- Pflegefinanzierung wurde durch Einführung des Pflegefonds gelöst, der bis 2014 mit 685 Mio. dotiert wird. Im Gegenzug haben sich Länder und Gemeinden in einem neuen Stabilitätspakt mit Biss zu mehr Sparsamkeit verpflichtet.
- Das Pflegefondsgesetz sorgt für die Sicherung und den Ausbau von Pflegeleistungen (mobile Dienste, Tageszentren, Kurzzeitpflege, stationäre Pflege, Case- und Caremanagement etc.). Gleichzeitig kommt es zur Reform der Pflegegeldadministration: Bisher waren 303 auszahlende Stellen zuständig, künftig wird das Pflegegeld auf 8 Bundesträger konzentriert.

■ **Spitals- und Gesundheitsreform (u.a. Erarbeitung einer 15a Vereinbarung) (bis Herbst 2013)**

- Es gilt in der Reform der Spitalsfinanzierung einen Kostendämpfungspfad für Spitalsendkosten zu implementieren und die Rahmenbedingungen im System so zu verbessern, dass eine durchgängige, integrierte Leistungserbringung auf der jeweils optimalen Versorgungsebene gewährleistet ist. Im Rahmen der laufenden Arbeitsgruppen zur Spitalsreform werden gemeinsam mit den Ländern und weiteren Akteuren dazu strukturelle Lösungsvorschläge erarbeitet. Neustrukturierung der Finanzierung und Organisation des Spitalsbereichs. Reformprozess bis 2013 als Grundlage für die nächste Art 15a B-VG Vereinbarung. Bundeseinheitliches Spitalgesetz (statt bisher zehn unterschiedliche Gesetze). Abgestimmtes Leistungsangebot, einheitliche Rahmenbedingungen und Vergleichbarkeit in ganz Österreich sind die Ziele.

■ **Nachhaltige Sicherung der staatlichen Pensionen für alle Generationen (Pensionsmonitoring, Pensionsaufwendungen aus öffentlichen Mitteln und 2. und 3. Säule) (Frühjahr 2012)**

- Die Bundesregierung bekennt sich zu einer nachhaltigen Finanzierung des staatlichen Umlagesystems zur Erhaltung der Lebensstandardsicherung im Alter. Hierzu ist ein langfristiges Monitoring unerlässlich. Pensionsaufwendungen aus öffentlichen Mitteln sind zu berücksichtigen (inklusive zweite und dritte Pensionssäule). Die Maßnahmen des BBG 2011 sind zu beobachten und in das Gesamtmonitoring miteinzubeziehen. Das faktische Pensionsantrittsalter soll an das Regelpensionsalter herangeführt werden.

■ **Suchtstrategie (z.B. Drogen) (Herbst 2012)**

- In den letzten beiden Jahren wurde nach Schwerpunktplanungen die Zahl der ermittelten Straftaten und Straftäter um 20% erhöht. Die Zahl der Drogen-Ersteinsteiger, also Kinder und Jugendliche, hat sich in den letzten Jahren aber verdoppelt – von 325 im Jahr 2006 auf 708 im Jahr 2010). Mit dem Schwerpunkt „Kampf den Drogen“ sagen wir dieser Entwicklung den Kampf an.

■ **Monitoring KV-Träger und Umsetzung des Kassensanierungspaket (laufend bis 2013)**

- Im Rahmen des Sanierungskonzeptes für die Krankenkassen wurde mit der Sozialversicherung ein verbindlicher Kostendämpfungspfad mit Finanzzielen vereinbart, der in den Jahren 2010 bis 2013 ein Volumen von insgesamt 1,725 Mrd. beinhaltet – mit dem Ziel eine mittelfristig ausgeglichene Gebarung der Krankenkassen sicherzustellen. Im Gegenzug dafür stellt der Bund über den Kassenstrukturfonds im Jahr 2010 100 Mio. € und in den Jahren 2011 bis 2014 je 40 Mio. € zur Verfügung, die nach Zielerreichung ausgeschüttet werden. Die bisherige Umsetzung verläuft erfolgreich – im Jahr 2010 wurde ein Gesamt-Überschuss von rd. € 360 Mio. erzielt. Das zeigt, dass Steuerungsinstrumente – wie der Kassenstrukturfonds – wenn sinnvoll eingesetzt, die richtigen Anreizwirkungen entfalten und zur Effizienzsteigerung im System – ohne Einschränkungen für Patientinnen und Patienten - beitragen.

■ **Wahlfreiheit der Konsument/innen bei Gesundheitsdienstleistungen und Lebensmitteln stärken (Transparenz durch Konsumenteninformation)**

(Frühjahr 2012)

■ **Einführung österreichweites Qualitätsmonitoring im Gesundheitsbereich (Herbst 2013)**

- Verbesserung der medizinischen Qualität: einheitlich messbar und damit darstellbar machen. Aufbau eines einheitlichen Systems der Qualitätsberichterstattung. Berichte in Zukunft auch der Öffentlichkeit zugänglich machen.

■ **Gesundheitsziele für Österreich**

- Bis Sommer 2012 werden von Expert/innen Vorschläge für Gesundheitsziele für Österreich erarbeitet. Daraus können dann Maßnahmen zur Zielerreichung abgeleitet werden.

■ **Kindergesundheitsdialog**

- Strategie zur nachhaltigen Verbesserung der Gesundheit aller Kinder und Jugendlichen in Österreich. Themenfelder: Gesundheitsförderung und strukturelle Prävention, Gesundheitsversorgung, psychosoziale Gesundheit, Rehabilitation, Risikoschwangerschaft /Risikogeburten und die Folgen sowie Kinderarzneimittel (laufend bis 2013).

■ **Konsumenten- und Gesundheitsbildung in Schulen (laufend) Sicherheit, Europa, Verteidigung, Justiz**

SICHERHEIT
EUROPA
VERTEIDIGUNG
JUSTIZ

■ **Strategie zur Cyber-Security**

(laufend, Beginn Mai 2011)

- Schutz kritischer Infrastruktur
- Sicherung der IT-Systeme des Bundes
- Cyber-Security - gemeinsam mit Wissenschaft und Wirtschaft
- Cyber-Crime:
300 Cyber-Experten im neu gegründeten „Cyber-Crime-Competence-Center“ zur Bekämpfung der Internet-Kriminalität.

■ **Follow up Prozess und Aufarbeitung der Schengenevaluierung** (Sommer 2011)

- Mit der Schengen Evaluierung wird die Sicherheit an den EU-Außengrenzen erhöht und das Sicherheitsgefühl der EU-Bürger gestärkt

■ **Kampf gegen Eigentumskriminalität** (laufend)

- Durch den Masterplan gegen Einbruchskriminalität konnten bereits 2010 KfZ-Diebstähle um mehr als 50%, Einbrüche in Einfamilienhäuser um fast 40% und in Wohnungen um rund 18% gesenkt werden. Weiterentwicklung des Masterplans (z.B. SOKO-Bankomat)

■ **Schaffung eines Bundesamtes für Asyl und Migration** (Winter 2011)

- Das BAM ist eine große Verwaltungsreform. Mit der Umsetzung des BAM sollen Verfahren deutlich verkürzt und vereinfacht und die Aufgaben von derzeit 194 Behörden auf eine Verwaltungseinheit übertragen werden.

■ **Verstärkter Schutz von Kindern (u.a. Grooming)** (Herbst 2011)

- Einführung von Mindeststrafen bei Gewalt und sexuellen Übergriffen gegen Kinder und Einführung eines neuen Straftatbestandes für die Anbahnung sexueller Kontakte mit Unmündigen.

■ **Erhöhung der Transparenz (Lobbyistengesetz, Medientransparenzgesetz, Parteienfinanzierung)** (Herbst 2011)

- Mehr Transparenz bei Parteienfinanzierung, Zurückdrängen von Lobbyismus und Korruption, mehr Transparenz bei Inseraten von öffentlichen Stellen.

■ **Fremdenpolizei neu** (Herbst 2011)

- Bis zu 2.000 Polizistinnen und Polizisten werden für den Kampf gegen die Illegalität besonders geschult und entsprechend eingesetzt.

SICHERHEIT
EUROPA
VERTEIDIGUNG
JUSTIZ

■ **Österreich im Menschenrechtsrat (2011-2014)**

• Österreich in den kommenden 3 Jahren als Mitglied des UNO-Menschenrechtsrates Verantwortung für die weltweite Wahrung der Menschenrechte übernehmen. Die Förderung der Religionsfreiheit, die Verteidigung der Presse- und Medienfreiheit sowie der Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten werden unsere Schwerpunktthemen sein.

■ **Verbesserung der Menschenrechte (Herbst 2011)**

• Nach 8 Jahren Diskussion, Umsetzung des internationalen Abkommens gegen Folter und unmenschliche Behandlung (OPCAT) bei der Volksanwaltschaft. Regierungsvorlage im Herbst 2011.

■ **Donauraumstrategie (2011/laufend)**

• Diese Zusammenarbeit wollen wir mit einer gesamteuropäischen Gesamtstrategie für den Donauraum noch verstärken. Eine verbesserte Transport- und Infrastrukturverbindung, der nachhaltige Schutz des Ökosystems sowie die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zählen zu den Hauptbereichen der Strategie. Die Region umfasst 14 Staaten - von Deutschland bis zur Ukraine – mit 115 Millionen Einwohnern.

■ **EU 2020 Strategie (laufend)**

• Österreich wird einen Schwerpunkt auf Bildung und Wissenschaft legen und verpflichtet sich im Rahmen der Strategie den Anteil an tertiären Bildungsabschlüssen bis 2020 von 31 auf 40 Prozent zu erhöhen.

■ **Auslandsösterreicher (Frühjahr 2013)**

• Fast 500.000 österreichische Staatsbürger leben im Ausland und werden von den Vertretungsbehörden des Außenministeriums betreut. Wir wollen das Service für die Auslandsösterreicher – ganz im Sinne des Mottos „Weltweit für Sie da!“ - weiter verbessern und ausbauen: Schnelle und unbürokratische Hilfe für Österreicher im Ausland wird immer wichtiger.

■ **Heeresreform – Bundesheer NEU**

• Für die in der Sicherheitsstrategie definierten Zukunftsaufgaben braucht es ein gut ausgebildetes Bundesheer. Daher soll der Verwaltungsanteil weiter sinnvoll reduziert, die Truppe mit Investitionen gestärkt, die Anzahl an jungen Soldaten stetig erhöht werden, um die Einsatzorganisation zu verjüngen, und die Aufgabenerfüllung weiter voran zu treiben. (Herbst 2011).

SICHERHEIT
EUROPA
VERTEIDIGUNG
JUSTIZ

**■ Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogramm
2011-2020 (laufend)**

- Schutz der schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen (Fußgänger, Radfahrer). Maßnahmen-Mix aus gesetzlichen Neuerungen und bewusstseinsbildenden Maßnahmen. Ziel: Top 5 in Europa, d.h. 50% weniger Verkehrstote bis 2020, 40% weniger Schwerverletzte bis 2020, 20% weniger Unfälle mit Personenschaden bis 2020. Familie, Gesellschaft, Frauen, Chancen, Sport

■ Familie: Zukunftssicherung FLAF (Frühjahr 2013)

- Nachhaltige Sicherung der Familienleistungen unter Berücksichtigung der Evaluierung des Familienlastenausgleichsfonds. Gespeist wird der FLAF aus Beiträgen der unselbständig Erwerbstätigen (Arbeitgeberabgabe). Das Defizit wird aus allgemeinen Steuermitteln gedeckt. Leistungen aus dem Fonds beziehen aber alle Familien, unabhängig von ihrer Erwerbssituation. Diese Schieflage sollte behoben und die Beitragsgrundlage verbreitert werden.

■ Verstärkung Informationsangebote in Bezug auf familienpolitische Leistungen und arbeitsrechtliche Bestimmungen, Familie und Beruf (Sommer 2012)

- Einkommensabhängiges Kindergeld und Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten verbessern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Breiteres Informationsangebot der familienpolitischen Leistungen und der arbeitsrechtlichen Bestimmungen notwendig, um das Ziel einer stärkeren Inanspruchnahme zu erreichen.

■ Ausbau Kinderbetreuung – insbesondere Plätze für unter 3 Jährige und Ganztagesplätze (laufend)

- Der Ausbau der Kinderbetreuung schafft mehr Wahlfreiheit und erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Durch einen Mix aus umfangreichen Geld- und gezielten Sachleistungen unterstützen wir Österreichs Familien in all ihrer Vielfalt.
- Fortsetzung des Ausbaus von Kinderbetreuungsplätzen, auch für unter 3 Jährige und Ganztagesangebote. Ziel: ca. 5.000 Plätze pro Jahr zusätzlich. Jeweils € 15 Mio. für die Jahre 2012, 2013 und 2014. Zusätzlich wird zur Sicherstellung bereits begonnener Projekte und deren Fortführung im Jahr 2011 eine Zwischenfinanzierung von € 10 Mio. bereitgestellt. Damit sollen die notwendigen Betreuungsplätze für unter 3-Jährige geschaffen werden.

■ Weiterführung des Nationalen Aktionsplan Integration (laufend)

- Förderprogramm Neu im Sommer 2011, Maßnahmenkatalog zu 7 Themenfeldern Anfang Juli (Sprache und Bildung, Arbeit und Beruf, Gesundheit und Soziales, Rechtsstaat und Werte, interkultureller Dialog, Sport und Freizeit)

■ Weiterführung des Nationalen Aktionsplan für Gleichstellung am Arbeitsmarkt (laufend)

- Mehrere konkrete Maßnahmen aus dem Nationalen Aktionsplan wurden schon angegangen: Einkommenstransparenz, Quotenstufenplan für staatsnahe Unternehmen, Kampagne zu mehr Väterbeteiligung. Nächster Schritt: Gehaltsrechner wird im Herbst 2011 präsentiert.

■ Unterstützung von Wiedereinsteiger/innen (Herbst 2012)

- Verstärkung des Audits "berufundfamilie" und Kooperation mit der Wirtschaft hinsichtlich flexibler Arbeitszeiten und qualifizierter Teilzeit für Frauen und Männer
- Unternehmen sensibilisieren, vermehrt Angebote für WiedereinsteigerInnen anzubieten. Sicherstellung einer balancierten Verwendung von AMS-Geldern für aktive Arbeitsmarktpolitik für Frauen. Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen forcieren

■ Bundes-Kinder-und Jugendhilfe Gesetz (Herbst 2012)

- Die geplante Reform des Jugendwohlfahrtsrechtes bringt eine deutliche Verbesserung des Kinderschutzes. Verhandlungen mit den Bundesländern für ein gemeinsames Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz. 4-Augenprinzip bei der Gefährdungsabklärung in der Jugendwohlfahrt sollte zu tragen kommen.

■ Harmonisierung Jugendschutzbestimmungen

- Schaffung möglichst einheitlicher und nachvollziehbarer Standards, um Jugendlichen eine klare Orientierung zu geben und die Eltern in ihrer Verantwortung zu unterstützen. Ziel ist der Abschluss einer Art. 15a - Vereinbarung zwischen Bund und Ländern. Ziel ist es, die neun unterschiedlichen Jugendschutzgesetze zu harmonisieren

■ Schülerfreifahrt, Medienerziehung, Schulverpflegung verbessern (laufend)

- Verwaltungsvereinfachungen, zum Beispiel bei der Beantragung der Schülerfreifahrt
- Medienerziehung - Weiterführung und Ausbau der Bundesstelle für Positivprädikatisierung von Computer- und Konsolenspielen (Bupp). Dabei geht es um die Feststellung der altersmäßigen Eignung von Filmen und Computerspielen

■ Familienrecht und Kindeswohl (Elternpflichten, weil Kinder Rechte haben) (Herbst 2012)

- Obsorge, Besuchsrecht, Namensrecht: Neuregelung der Obsorge und des Besuchsrechts mit dem Kindeswohl als oberstes Prinzip. Beide Elternteile sollen ihre Rechte, aber auch Pflichten gegenüber dem Kind wahrnehmen können und müssen. Im Konfliktfall sollen durch rasche Entscheidungen zum Kindeswohl klare Regelungen getroffen werden.
- Es gibt ca. 1,4 Mio. Familien mit Kindern, davon ca. 90.000 Patchworkfamilien, daneben ca. 200.000 AlleinerzieherInnen oder Ein-Eltern-Familien. Daher stellt sich ein modernes Familienrecht im Sinne des Kindeswohls auch darauf ein.

FAMILIE
GESELLSCHAFT
FRAUEN
CHANCEN
SPORT

■ **Nationaler Aktionsplan Bewegung** (Sommer 2012)

- Österreichs Bevölkerung soll der Zugang zu Bewegung und Sport erleichtert werden. Ein besonderer Schwerpunkt wird für Kinder gesetzt: In den kommenden zwei Jahren soll die Einbindung des Sports in die Ganztagesbetreuung durch Anreizmodelle intensiviert werden.

■ **Sportförderdatenbank**

- Reform der Bundes-Sportförderung: Eckpunkte sind Effizienzsteigerung, eine Verbesserung der Kontrolle und vermehrte Schwerpunktsetzung. Mit den Österreichischen Bundesländern soll eine Datenbank zur Sportförderung aufgebaut werden.

■ **Einrichtung Bundesnetzwerk
„Nachwuchsleistungszentren“**

ENERGIE
UMWELT
LANDWIRTSCHAFT

■ **Energieautarkie** (laufend)

- bis 2050 wollen wir 100 Prozent energieautark sein.

■ **Anti-Atomaktionsplan der Bundesregierung**
(laufend)

- Gründung der Anti-Atom-Allianz auf europäischer Ebene: Ziel: Raus aus Atom, Rein in Erneuerbare. Für eine saubere Zukunft unserer Kinder.

■ **Erneuerbare Energien, Ökostromgesetz**
(laufend/Herbst 2011)

- Novelle forciert den effizienten und marktorientierten Ausbau Erneuerbarer Energien und macht Österreich spätestens ab 2015 unabhängig von Atomstrom. Schon jetzt ist Österreich mit einem Anteil von fast 70 Prozent aus Erneuerbarer Energie am gesamten Stromverbrauch Europas Spitzenreiter.
Zum Vergleich: Der europäische Durchschnitt liegt bei rund 17 Prozent.

■ **Umweltfreundliche Mobilität,
Fahrradnutzung erhöhen** (laufend)

- Fördermodelle, um Mobilität nicht zu verbieten, sondern Alternativen aufzuzeigen. Umweltfreundliche Fortbewegung fördern (E-Mobilitätsregionen, E-Mobilität-Förderprogramme)

■ **Pakt für Energieeffizienz, Energieeffizienzgesetz**
(laufend, Herbst 2012)

- Im Rahmen der Förderoffensive für die thermische Sanierung von Gebäuden stehen von 2011 bis 2014 jährlich 100 Millionen Euro zur Verfügung. Damit schaffen wir tausende neue Aufträge für die Bauwirtschaft, zusätzliche Green Jobs und schützen das Klima.

■ **Umsetzung Energiestrategie** (laufend)

- Bündel an Maßnahmen, mit denen der österreichische Anteil an den europäischen Energie- und Klimazielen erreicht werden soll. 3 Säulen: Versorgungssicherheit, Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen. Ziel ist die Entwicklung eines nachhaltigen Energiesystems (größtes Einsparpotential im Gebäudebereich => thermische Sanierung)

■ **Österreichische Position bei der Gemeinsamen
Agrarpolitik absichern** (laufend / Winter 2012)

- Zahlungen für österreichische Bauern erhalten - um unsere nachhaltige und kleinstrukturierte bäuerliche Struktur zu erhalten: Verhandlungen auf EU-Ebene, Erhalt der ersten und zweiten Säule.

ENERGIE
UMWELT
LANDWIRTSCHAFT

■ **Gentechnikfreier Anbau in Österreich wird abgesichert, gentechnikfreie Lebensmittelproduktion forcieren** (laufend)

■ **Klimaschutzgesetz, CCS-Gesetz** (Sommer 2011)

- CCS-Gesetz: Soll die geologische Speicherung von CO₂ in Österreich verbieten (CCS, "Carbon Capture and Storage")

■ **Gaswirtschaftsgesetz** (Sommer 2011)

- Novelle bringt mehr Wettbewerb und Kundenrechte am Gasmarkt und erhöht insgesamt die Versorgungssicherheit durch gute Rahmenbedingungen für Investitionen

■ **Lebensmittelkontrolle NEU** (Sommer 2012)

- Die Qualität der Lebensmittelüberwachung muss ausgebaut werden. Effizienzpotentiale müssen im System gehoben werden, Doppelgleisigkeiten abgebaut, Spezialist/innen aufgebaut und teilweise eine neue Aufgabenverteilung erfolgen (Bund/Länder/AGES) – im Sinne von Stärken stärken, Kräfte poolen, Arbeit teilen, Kompetenzteams schaffen.

LEISTUNGSFÄHIGER STAAT FINANZEN

■ **Stärkung des effizienten Förderwesens - Transparenzdatenbank** (laufend)

- Wir wollen das Förderwesen effizient gestalten, indem Doppelförderungen auf verschiedenen Verwaltungsebenen erkannt und eingedämmt werden können.

■ **Volksgruppenrecht – zweisprachige Ortstafeln** (Sommer 2011)

- Modernisierung des Volksgruppengesetzes (Winter 2011)

■ **Verwaltungsgerichtsbarkeit** (Winter 2011)

- Nach 2 Jahrzehnten Diskussion soll im Winter 2011 eine Regierungsvorlage zur größten Strukturreform im Verwaltungsverfahren fertig gestellt werden. Über 100 Sonderbehörden werden bis 2013 zugunsten von 9 Landesverwaltungsgerichten, einem Bundesverwaltungsgericht 1. Instanz und einem Bundesfinanzgericht aufgelöst. Dies bedeutet: kürzere Verfahrensdauer, Entlastung der Höchstgerichte (VwGH, VfGH), Verbesserung des Rechtsschutzes für Bürger/innen und Wirtschaft.

■ **e-Government weiter stärken** (laufend)

- Leichten Kontakt der Bürger zur Verwaltung über Internet ermöglichen - One-stop-shops für verschiedene Bereiche schaffen

■ **Finanzmarkregulierung: Enforcementverfahren für den Finanzplatz Österreich** (Herbst 2011)

- Ziel der einzurichtenden Enforcementbehörde ist die Überwachung der Richtigkeit der Rechnungslegung börsennotierter Unternehmen. Verfahren zur Überprüfung von Daten im Bereich der Rechnungslegung werden eingeführt. Es soll Unrichtigkeiten bei der Erstellung von Unternehmensabschlüssen und -berichten präventiv entgegengewirkt werden.

■ **Elektronische Modernisierung Grundbuch neu** (Sommer 2012)

- Durch die elektronische Modernisierung wird endlich eine komplette elektronische Abwicklung des Grundbuchverfahrens möglich. Das führt zu Kostenersparnissen, Verwaltungsvereinfachung, Beschleunigung und mehr Service für die Kunden.

■ **Steuerstrukturreform** (2013)

- Die Bundesregierung wird an einer Strukturreform im Bereich der Steuern arbeiten. Die strukturellen Fragestellungen des österreichischen Steuersystems sollen - unter Wahrung der Leistungsfähigkeit des Staates - in der Steuerreformkommission weiterentwickelt werden.

LEISTUNGSFÄHIGER STAAT FINANZEN

■ Gesetzesderegulierung Bund/Länder (Herbst 2011)

- Reformkatalog mit über 330 Maßnahmenvorschlägen betreffend Verwaltungsvereinfachungen und Entlastungen von bürokratischen Prozessen: ca. 40 gesetzliche Maßnahmen 2011 bereits umgesetzt, ca. 170 weitere Maßnahmen bis 2012, weitere Maßnahmen 2013 (Beispiele: Abfallwirtschaftsrecht, Gewerberecht, Wasserrecht, Verwaltungsverfahrenrecht, Verkehrsrecht)

■ Verwaltungskosten senken für Bürger und Unternehmen (laufend)

■ EU-Finanztransaktionssteuer (laufend)

- Einführung der Finanztransaktionssteuer als einen wichtigen Baustein einer neuen, stabilitätsorientierten Finanzmarktarchitektur wird vorangetrieben. Verhandlungen auf EU-Ebene.

■ Bankeninsolvenzrecht (Winter 2011)

- Bankeninsolvenzrecht soll ermöglichen, dass Banken abgewickelt werden können, ohne die gesamtwirtschaftliche Stabilität zu gefährden und ohne die Steuerzahler zu belasten.